

Die Abschaffung der Abgasregeln in den USA

Beitrag von „Albert Motorsport“ vom 31. Juli 2025, 09:07



Die Abschaffung der Abgasregeln in den USA am 29. Juli 2025.

Ein kolossaler Wendepunkt für den Klimaschutz, oder eine Chance für die Auferstehung der Wirtschaft ?

Am 29. Juli 2025 kündigte die US-Umweltbehörde (EPA) unter Leitung von Lee Zeldin an, zentrale Emissionsvorschriften für Fahrzeuge und Industrie abzuschaffen. Dies betrifft unter anderem die "*Endangerment Finding*" aus dem Jahr 2009, die bisher die rechtliche Grundlage für die Regulierung von Treibhausgasen bildete. Dieser Schritt, der international auf scharfe Kritik stößt, verdient nach meiner Meinung aus rationaler Sicht eine differenzierte und nüchterne Bewertung, die fern von ideologisch aufgeladenen Alarmismen sein sollte.

Die Argumente und möglichen Folgen dieser Entscheidung:

Was ist passiert ?

Die "**Endangerment Finding**" war bisher ein "wissenschaftlich und rechtlich" abgesicherter Beschluss der EPA, wonach Treibhausgase eine Gefahr für die öffentliche Gesundheit darstellen und daher reguliert werden müssen.

Darauf aufbauend entstanden die sogenannten "**Tailpipe-Standards**", welche Fahrzeughersteller zur Entwicklung emissionsarmer Autos verpflichteten. Mit der Ankündigung vom **29. Juli 2025** wurde diese Grundlage der Regulation komplett zurückgenommen.

Damit verlieren zentrale Vorschriften zur Begrenzung von CO₂-Emissionen im Verkehrssektor automatisch ihre Gültigkeit.

Die Begründung der EPA:

Die neue EPA-Leitung begründete den Schritt unter anderem mit folgenden Argumenten:

- **Entbürokratisierung und Kostensenkung:** Zeldin spricht von einer "versteckten Steuer", die Wirtschaft und Verbraucher über Jahre hinweg belastet habe.
- **Wirtschaftlicher Wettbewerb:** Die Aufhebung solle amerikanische Hersteller im globalen Wettbewerb stärken und Innovationen ermöglichen.

- **Politische Kontrolle:** Umweltpolitik soll wieder durch den Kongress und nicht durch "nicht gewählte Behörden" erfolgen.

Kritik und Gegenpositionen:

Mit der Rücknahme der "Endangerment Finding" verliert eine von der Obama-Administration eingeführte Grundlage zur Regulierung von CO₂-Emissionen ihre rechtliche Gültigkeit.

Insbesondere betrifft dies die sogenannten "*Tailpipe Standards*", also Vorschriften für Autohersteller zur Reduktion von Abgasen, mit zum Teil enormen Mehrkosten für Industrie und Verbraucher.

Diese Entscheidung ist keineswegs ein "Kahlschlag" im Umweltschutz, sondern eine Rückbesinnung auf die demokratische Zuständigkeit:

Statt einer technokratischen Bevormundung durch nicht gewählte Beamtenapparate wird Klimapolitik wieder dem gewählten Kongress übergeben. Das ist laut Trump Administration eine Rückkehr zur politischen Vernunft, und zur Verfassung.

Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft

- **Industrie:** Die US-Autoindustrie begrüßt die Lockerungen, da sie Investitionen in emissionsfreie Technologien zunächst verschieben kann.
- **Gesellschaft:** Der politische Graben zwischen Klimaschützern und Gegnern staatlicher Eingriffe vertieft sich weiter.
Die amerikanischen Umweltverbände planen juristische Schritte.
- **Internationales Signal:** Der Rückzug der USA aus dem überall publizierten "wissenschaftlich fundierten Klimaregime" schwächt globale Klimaschutz-Bemühungen und beschädigt die Glaubwürdigkeit der amerikanischen Umweltpolitik.

Warum dieser Schritt laut der Trump Administration richtig ist:

Die Entbürokratisierung und Eigenverantwortung:

- Die bisherigen Regelwerke wirkten wie eine versteckte Steuer, die insbesondere Mittelstand und Geringverdiener belastete, durch teurere Fahrzeuge, steigende

Energiekosten und innovationshemmende Auflagen. Die Rücknahme schafft Freiräume für technologische Entwicklung *ohne* staatlichen Dirigismus.

Der Schutz des Wirtschaftsstandorts:

- Amerikanische Unternehmen erhalten wieder die Möglichkeit, eigenständig wettbewerbsfähige Technologien zu entwickeln, ohne durch starre Vorgaben behindert zu werden. In Zeiten globaler Konkurrenz, etwa mit China, ist das ein notwendiger Impuls zur Stärkung der nationalen amerikanischen Industrie.

Die Skepsis gegenüber Klimadogmen:

- Der wissenschaftliche Diskurs zum Thema Klima ist komplexer, als es manche Aktivisten suggerieren. Eine einseitige Fixierung auf CO₂-Ausstoß als alleinigen Maßstab für Umweltpolitik verkennt andere ökologische und ökonomische Zusammenhänge. Die "Endangerment Finding" war von Beginn an ideologisch aufgeladen und diente weniger dem Umweltschutz als vielmehr der Machtausweitung der EPA.
- Ich hatte zu diesem Thema vor ein paar Jahren [DIESE](#) kritischen Zeilen zum Thema CO₂ Ausstoß und deren Wirkung geschrieben.

Kritische Stimmen und ihre Schwächen

- Zwar warnen Umweltgruppen vor Gesundheitsgefahren und "Klimakollaps", doch bleibt unklar, wie konkret ein einzelner regulatorischer Schritt in einem Land mit bereits hoher technologischer Standards global derart katastrophale Wirkungen entfalten soll. Vielmehr sind es oft politische und ideologische Motive, die hinter der Kritik stehen, meist gepaart mit dem Wunsch, die staatliche Kontrolle auszuweiten.
- Auch die vielzitierte Zahl von "200.000 vermeidbaren Todesfällen" basiert lediglich auf Modellrechnungen mit erheblichen Unsicherheiten und zweifelhaften Annahmen. Die Abkehr von solch spekulativen Szenarien ist daher nicht nur verantwortbar, sondern m.E. auch geboten.

Internationale Dimension, ein überfälliger Kurswechsel

- Die USA setzen mit dieser Entscheidung ein klares Zeichen: Klimapolitik darf nicht länger zum Instrument globaler Gleichmacherei werden, bei der westliche Industrieländer sich durch überzogene Auflagen selbst schwächen.
- Gerade Deutschland sollte hier ganz genau hinschauen: Es ist kein Zeichen von "Rückständigkeit", wenn ein souveräner Staat seine industriepolitischen Interessen über aufgepflanzte und weltfremde Klimaziele stellt. Es ist schlicht der gesunde Menschenverstand.

Die Rückkehr zur Realpolitik

- Die Rücknahme der US-Abgasregeln ist kein "kolossaler Rückschritt", sondern ein Beispiel für eine Umwelt- und Wirtschaftspolitik mit Augenmaß. Sie stellt die intelligenten Weichen für eine wachstumsorientierte, technologieoffene Zukunft ohne ideologische Scheuklappen.
- Europa, insbesondere Deutschland, täte ob unserer Probleme gut daran, von dieser Entideologisierung der Umweltpolitik zu lernen.
- Es braucht endlich wieder eine Politik, die sich an praktischer Vernunft, demokratischer Kontrolle und ökonomischer Tragfähigkeit orientiert anstelle sich durch globalistische Wunschträume endlos in den Bankrott zu manövrieren.

Fazit:

Die Abschaffung der Abgasregeln in den USA 2025 ist nicht nur eine technische Änderung, sondern ein Symbol für einen grundlegenden Richtungswechsel in der US-Klimapolitik. Während kurzfristige wirtschaftliche Erleichterungen betont werden, könnten laut Gegner dieser Maßnahmen, die langfristigen Kosten für Gesundheit, Umwelt und internationale Glaubwürdigkeit erheblich sein.

Die USA stehen damit erneut an einem Scheideweg:

Zwischen einem "dringend erforderlichem wirtschaftlichem Pragmatismus und einer ideologisierten, ökologischen Verantwortung."

Quellenverzeichnis:

1. EPA (2009). *Endangerment and Cause or Contribute Findings for Greenhouse Gases*. <https://www.epa.gov> ↩
2. Reuters (2025-07-29). *Trump's EPA to repeal core greenhouse gas rules in major deregulatory move*. <https://www.reuters.com> ↩ ↲²
3. New York Post (2025-07-29). *EPA chief Lee Zeldin to repeal Obama-era emissions finding*. <https://nypost.com> ↩
4. AP News (2025-07-30). *Trump's EPA aims to cut pollution rules projected to save 200,000 lives*. <https://apnews.com> ↩
5. The Guardian (2025-07-30). *Trump's EPA cuts regulations, endangers lives, environmentalists say*. <https://www.theguardian.com> ↩ ↲²

6. San Francisco Chronicle (2025-07-30). *California vows to uphold strict vehicle emission standards despite EPA move.* <https://www.sfchronicle.com> ↩
7. Automotive Dive (2025-07-30). *Auto industry reacts to rollback of Biden-era emission rules.* <https://www.automotivedive.com> ↩